

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

AUSSCHREIBUNG

3030/26 Ausschreibung VMware Servervirtualisierung

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	4
1.1 Vorbemerkung	4
1.2 Auftraggeberin	4
1.3 Vergabestelle	4
1.4 Kontakt	4
2. Auftragsgegenstand	5
3. Verfahrensart	5
4. Vergabe in Losen	5
5. Termine und Fristen	5
6. Anforderung an die Eignung	6
6.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	7
6.1.1 Berufs- und Handelsregistereintragung	7
6.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	7
6.2.1 Haftpflichtversicherung	7
6.2.2 Jahresumsatz mit vergleichbaren Leistungen	8
6.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	8
6.3.1 Referenzen des Unternehmens	8
6.3.2 Nachweis als autorisierter Broadcom-/VMware-Lizenzpartner bzw. autorisierter Reseller	9
6.4 Sonstige besondere Bedingungen nach § 128 GWB	10
7. Wertungs- und Zuschlagskriterien	10
8. Kostenerstattung	11
9. Auskömmlichkeitsprüfung	11
10. Verfahrens-/ Angebotsbedingungen	11
10.1 Sprache	12
10.2 Form des Angebots	12
10.3 Nebenangebote	12
10.4 Mehrere Hauptangebote	12
10.5 Bietergemeinschaft	13
10.6 Nachunternehmer	13
10.7 Eignungsleihe	14
10.8 Elektronische Übersendung von Angeboten	15
10.9 Berichtigungen/Änderungen oder Rücknahme des Angebots	15

10.10	Bewerber- und Bieterfragen	15
10.11	Angebotsfrist	16
10.12	Hinweis auf vergaberechtliche Vorschriften	17
11.	Bestandteile der Vergabeunterlagen	18
11.1	Bestandteile der Vergabeunterlagen, die Vertragsbestandteil werden, und ausgefüllt und unterschrieben mit dem Angebot abzugeben sind:	18
11.2	Bestandteile der Vergabeunterlagen, die Vertragsbestandteil werden und die beim Bieter verbleiben:	18
11.3	Weitere Unterlagen, die vom Bieter mit Abgabe des Angebots einzureichen sind:	18
12.	Nachprüfungsstelle	19

1. Allgemeines

1.1 Vorbemerkung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Bezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter. Eine verkürzt angewendete Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

1.2 Auftraggeberin

Auftraggeberin des Verfahrens ist die:

München Klinik gGmbH Thalkirchner Straße 48 80337 München

1.3 Vergabestelle

Vergabestelle für das Verfahren ist die:

München Klinik gGmbH Geschäftsbereich Einkauf Fritz-Erler-Straße 30 81737 München
--

1.4 Kontakt

Die gesamte Kommunikation wird ausschließlich über die Vergabepattform abgewickelt.

Die Registrierung ist freiwillig und kostenlos. Wurde bei der Registrierung eine E-Mailadresse angegeben, erhält der registrierte Bewerber automatisch eine Benachrichtigung über die Bereitstellung neuer Dokumente und Informationen. Andernfalls müssen Bieter sich über evtl. Änderungen/Bieterfragen selbständig informieren.

2. Auftragsgegenstand

Auftraggeber ist die München Klinik gGmbH. Darstellung von Verbund und Standorten ist der Anlage 1, Einleitung zu entnehmen.

Die zentrale Servervirtualisierung der München Klinik basiert auf VMware vSphere. Die Lizenzierung erfolgte bislang über ein Enterprise License Agreement (ELA) im Academic-Modell, das am 21.01.2027 ausläuft. Der Hersteller Broadcom stellt das Academic-Lizenzmodell sowie die bisherige sockelbasierte Lizenzierung ein; eine Anschlusslizenzierung ist ausschließlich im core-basierten Subscription-Modell möglich.

Die München Klinik beabsichtigt die Vergabe eines direkten Beschaffungsvertrages über die Lieferung von core-basierten Subscription-Lizenzen für VMware vSphere Foundation (Details zu Menge, vSAN-Entitlement und Support siehe Anlage 1, Ziffer 3).

Ziel der Beschaffung ist die unterbrechungsfreie Fortführung des produktiven Betriebs der bestehenden VMware-Umgebung – ohne Wechsel der Virtualisierungsplattform und ohne Erweiterung des bisherigen Funktionsumfangs.

Die genauen Anforderungen sind der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) zu entnehmen.

3. Verfahrensart

Offenes Verfahren gemäß §§ 14 Abs. 2 Var. 1, 15 VgV.

4. Vergabe in Losen

Der Auftrag ist nicht in Lose aufgeteilt.

5. Termine und Fristen

Bekanntmachung des Verfahrens:	22. Oktober 2026
--------------------------------	------------------

Frist für das Stellen von Bieterfragen:	13. November 2026, 10:00 Uhr
Frist Zurverfügungstellung zusätzlicher Informationen über die Vergabeunterlagen	17. November 2026
Frist zur Abgabe eines Angebots:	24. November 2026, 10:00 Uhr
Öffnung der Angebote:	24. November 2026, 10:01 Uhr
Bindefrist:	3 Monate
Leistungsbeginn:	21.01.2027

6. Anforderung an die Eignung

Im Folgenden stellt die Vergabestelle eine abschließende Liste der von der Auftraggeberin verlangten Unterlagen im Sinne von § 48 Abs. 1 VgV auf, mit denen der Bieter seine Eignung (wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) gemäß den §§ 43 bis 47 VgV, das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB und die sonstige Eignung gemäß § 128 GWB zu belegen hat.

Die Einreichung zusätzlicher Nachweise und Erklärungen durch den Bieter ist zulässig. Hat die Auftraggeberin nach Auswertung der eingereichten Erklärungen und Nachweise Zweifel an der Eignung eines Bieters, kann sie den Bieter zur Erläuterung der von ihm eingereichten Unterlagen auffordern; im Übrigen behält sich die Auftraggeberin die Nachforderung gemäß § 56 VgV vor, eine Verpflichtung hierzu besteht jedoch nicht.

Des Weiteren behält sich die Auftraggeberin vor, Nachweise / Belege für abgegebene Eigen-erklärungen zu fordern.

Von allen Bietern sind folgende Nachweise und Eigenerklärungen zu erbringen:

6.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

6.1.1 Berufs- und Handelsregistereintragung

Nachweis des Eintrags ins Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschrift des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (§ 122 Abs. 2 Nr. 1 GWB i.V.m. § 44 Abs. 1 VgV). Der Auszug darf nicht älter als 6 Monate sein. Der Nachweis muss dem Angebot zwingend beigelegt werden.

6.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

6.2.1 Haftpflichtversicherung

Nachweis einer Firmenhaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen:

1. Personen- und Sachschäden: Mindestens 1.000.000,00 Euro pro Schadensfall, zweifach maximiert im Jahr
2. Vermögensschäden: Mindestens 1.000.000,00 Euro pro Schadensfall, zweifach maximiert im Jahr

Die Haftpflichtversicherung muss bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut abgeschlossen worden sein. Die Haftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhalten und nachgewiesen werden. Der Bieter hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der vorstehend genannten Deckungssummen besteht. Die laufende Verpflichtung ergibt sich aus Nummer 14 des Überlassungsvertrags (Anlage 6).

Ein Versicherungsnachweis über die geforderte Firmenhaftpflichtversicherung beziehungsweise eine schriftliche Erklärung zur Erhöhung der Firmenhaftpflichtversicherung im Auftragsfall muss dem Antrag zwingend beigelegt werden.

Im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist der Berufshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitglieds der Bewerber-/Bietergemeinschaft vorzulegen.

6.2.2 Jahresumsatz mit vergleichbaren Leistungen

Eigenerklärung zum Jahresumsatz des Unternehmens mit Leistungen vergleichbarer Art in den letzten drei Geschäftsjahren (2.1_Eigenerklärung Eignung).

Mindestanforderung ist ein durchschnittlicher Umsatz mit vergleichbaren Leistungen von mindestens 500.000 Euro netto pro abgeschlossenem Geschäftsjahr.

6.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

6.3.1 Referenzen des Unternehmens

Bitte geben Sie mindestens drei vergleichbare Referenzprojekte der letzten drei Jahre an.

Vergleichbar sind die Referenzaufträge, wenn Sie folgende Kriterien erfüllen:

Leistungsinhalt: Beschaffung und Bereitstellung core-basierter Hersteller-Subscription-Lizenzen für Servervirtualisierung (z. B. VMware vSphere) einschließlich Vertragsabwicklung

Leistungsumfang: Bereitstellung von mindestens 1.200 Lizenzen/Lizenzeinheiten

Leistungszeitraum: Vertragsende des Referenzprojekts ist nicht älter als 3 Jahre, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung dieses Vergabeverfahrens; Projekte, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe in Ausführung befindlich sind, sind gleichwertig zulässig

Bitte verwenden Sie zur Angabe Ihrer Referenzen die Dokumente „2.1_Eigenerklärung Eignung.docx“ und „2.5_Referenzvordruck.docx“

Bitte beachten Sie, dass zur Überprüfbarkeit der Referenzen die Kontaktdaten des Ansprechpartners (Name, E-Mail, Telefonnummer) des Referenzgebers angegeben werden müssen. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Referenzen zu verifizieren.

6.3.2 Nachweis als autorisierter Broadcom-/VMware-Lizenzpartner bzw. autorisierter Reseller

Bitte weisen Sie nach, dass Sie als autorisierter Broadcom-/VMware-Lizenzpartner bzw. autorisierter Reseller zum Vertrieb der ausgeschriebenen Produkte berechtigt sind.

Anforderung: Aktuelle Bestätigung als autorisierter Broadcom-/VMware-Partner (z. B. Partnerurkunde, Reseller-Bestätigung des Herstellers oder ein gleichwertiger Nachweis), aus der die Berechtigung zum Vertrieb von VMware-/Broadcom-Produkten hervorgeht

Bewertung: Mindestanforderung; die Nichterfüllung führt zum Ausschluss vom weiteren Verfahren

Nachweisform: eigene Nachweisführung, ein Formblatt der Vergabestelle ist nicht zu verwenden

6.3.3 Nachweis einer Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 oder vergleichbar

Bitte weisen Sie nach, dass Ihr Unternehmen ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001 oder ein gleichwertiges Qualitätsmanagementsystem eingeführt hat und anwendet.

Anforderung: Gültiges Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 (in der jeweils aktuellen Fassung). Das Zertifikat muss von einer akkreditierten Zertifizierungsstelle ausgestellt sein und zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Sein Geltungsbereich muss die ausgeschriebenen Leistungen abdecken.

Bewertung: Mindestanforderung; die Nichterfüllung führt zum Ausschluss vom weiteren Verfahren

Nachweisform: eigene Nachweisführung (Kopie des Zertifikats); ein Formblatt der Vergabestelle ist nicht zu verwenden

6.4 Sonstige besondere Bedingungen nach § 128 GWB

1. Angaben, dass zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB nicht vorliegen, Dokument „2.1_Eigenerklärung Eignung“
2. Angaben, dass fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB nicht vorliegen, Dokument „2.1_Eigenerklärung Eignung“
3. Angaben zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB, Dokument „2.1_Eigenerklärung Eignung“
4. Verpflichtungserklärung zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes, Dokument „2.1_Eigenerklärung Eignung“
5. Antikorruptionserklärung, Dokument „2.1_Eigenerklärung Eignung“
6. Ausschluss Interessenkonflikt, Dokument „2.1_Eigenerklärung Eignung“
7. Schutzzerklärung Scientology, Dokument „2.2_Schutzzerklärung Scientology“
8. Eigenerklärung Russlandsanktionen, Dokument „2.6_Eigenerklärung Russlandsanktionen“
9. Nach § 6 Abs. 1 WRegG ist ein öffentlicher Auftraggeber vor der Erteilung eines Zuschlags in einem Verfahren über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert ab 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer verpflichtet, das Wettbewerbsregister zu demjenigen Bieterunternehmen abzufragen, das den Auftrag erhalten soll.

7. Wertungs- und Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird gemäß § 58 VgV nach dem folgenden Kriterium erteilt:

100 % Preis

8. Kostenerstattung

Für die Bearbeitung des Angebotes sowie für die Erstellung der Unterlagen werden keine Kosten erstattet.

9. Auskömmlichkeitsprüfung

Auf Anforderung der Auftraggeberin hat der Bieter anhand einer detaillierten Kalkulation schlüssig, nachvollziehbar darzulegen und ggf. nachzuweisen, dass sein Angebot alle geforderten und notwendigen Leistungen (insb. gesetzliche Abgaben und Zuschläge) berücksichtigt. Ist die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der Kosten nicht zufriedenstellend aufzuklären und steht deswegen die ordnungsgemäße Auftragsausführung in Frage, wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

10. Verfahrens-/ Angebotsbedingungen

Die Bieter müssen sich stets über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informieren, sofern Sie sich nicht auf der Vergabeplattform registriert haben. Eventuelle Fristverlängerungen, Bieterfragen mit den entsprechenden Antworten oder sonstige Aktualisierungen und Änderungen zu diesem Vergabeverfahren können ausschließlich über die Vergabeplattform abgerufen werden.

Alle Angaben haben wahrheitsgemäß zu erfolgen. Unzutreffende Angaben können zum Ausschluss des Bieters führen.

Diese Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte, die nicht der Erstellung des eigenen Angebotes dient, ist ohne schriftliche Genehmigung der Vergabestelle unzulässig.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Ihrer Auffassung Unklarheiten, so haben Sie die Auftraggeberin unverzüglich darauf hinzuweisen. **Für die Kommunikation ist grundsätzlich die eVergabe-Plattform zu nutzen.**

10.1 Sprache

Dokumente, Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen und die Korrespondenz mit der Auftraggeberin bzw. der Vergabestelle ist in deutscher Sprache zu führen.

10.2 Form des Angebots

Grundsätzlich werden die Vergabeverfahren elektronisch über die e-Vergabe-Plattform durchgeführt. Eine anderweitige elektronische Abgabe von Angeboten (auch per E-Mail) ist nicht zulässig und führt zum zwingenden Ausschluss des Angebotes.

Für die Abgabe eines elektronischen Angebots ist eine Registrierung auf der e-Vergabe-Plattform erforderlich.

Zur formgültigen Abgabe eines Angebots in Vergabeverfahren nach der Vergabeverordnung (VgV) ist die e-Vergabeplattform zu nutzen; es genügt die Textform nach § 126b BGB.

Angebote sind auf Basis des bereitgestellten Angebotsformulars zu erstellen und rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

An den vorgegebenen Texten in den Vergabeunterlagen dürfen keine Zusätze angebracht, Streichungen oder Änderungen vorgenommen werden. Solcherlei Änderungen führen zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Soweit Sie Erläuterungen zur Beurteilung des Angebots für erforderlich halten, sind diese auf einer gesonderten Anlage beizufügen. Die Erläuterungen dürfen jedoch nicht zu einer Änderung der in den Vergabeunterlagen festgelegten Bedingungen führen.

10.3 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen; sie werden nicht berücksichtigt.

10.4 Mehrere Hauptangebote

Es ist grundsätzlich nicht zulässig, mehrere Hauptangebote abzugeben. Sollten Sie dennoch mehrere Hauptangebote einreichen, werden alle Ihre Angebote von der Wertung ausgeschlossen.

10.5 Bietergemeinschaft

Die Angebotsabgabe durch Einzelbewerber und durch Bewerber-/Bietergemeinschaften ist gleichermaßen zulässig. Bewerber-/Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von **allen** Mitgliedern der Bewerber-/Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Gemeinschaftserklärung (Bietergemeinschaftserklärung im Dokument „2.3_Formblatt Bietergemeinschaftserklärung“) abzugeben.

Sämtliche weiteren Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft haben die nach den Vorgaben dieser Ausschreibung vorzulegenden Nachweise zur Eignung jeweils separat abzugeben. Die Erklärungen und Unterlagen bezüglich der Fachkunde und der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit müssen nicht zwingend vollständig von jedem Mitglied gesondert eingereicht werden, es sei denn, aus den Vergabeunterlagen ergibt sich Gegenteiliges. Ansonsten reicht es aus, wenn die Fachkunde und Leistungsfähigkeit für die Bewerber-/Bietergemeinschaft insgesamt nachgewiesen werden. Erbringt die Bewerber-/Bietergemeinschaft die erforderlichen Referenzen gemeinsam, muss die Bewerber-/Bietergemeinschaft darlegen, welches Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft voraussichtlich welchen Leistungsanteil erbringt. Die von den Mitgliedern der Bewerber-/Bietergemeinschaft getrennt eingereichten Referenzen müssen auf den jeweiligen Leistungsanteil des Mitgliedes der Bewerber-/Bietergemeinschaft bezogen sein.

Veränderungen in der Zusammensetzung der Bewerber-/Bietergemeinschaft sind nur in begründeten Ausnahmefällen und nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.

10.6 Nachunternehmer

Im Falle der Unterauftragsvergabe an andere Unternehmen sind mit der Abgabe des Angebots Art und Umfang des zu übertragenden Leistungsteils anzugeben und die anderen Unternehmen zu benennen.

Ferner muss der Bieter nachweisen, dass ihm zum Zeitpunkt der Auftragserfüllung die erforderlichen Kapazitäten und Mittel der vorgesehenen Nachunternehmer zur Verfügung stehen. Hierzu ist das Dokument „**2.4_Verzeichnis der LeistKap anderer Unternehmen.docx**“ zu verwenden.

Außerdem ist für jedes andere Unternehmen das Formblatt „**2.1_Eigenerklärung Eignung**“ einzureichen. Alle Angaben unter Punkt 1 und 4 der Anlage „**2.1_Eigenerklärung Eignung.docx**“ müssen ausgefüllt werden.

10.7 Eignungsleihe

Im Falle der Eignungsleihe müssen die anderen Unternehmen mit der Abgabe des Angebotes benannt werden und es sind Art und Umfang der von ihnen in Anspruch genommenen Kapazitäten anzugeben. Die Angabe erfolgt im Dokument **„2.4_Verzeichnis der LeistKap anderer Unternehmen.docx“**.

Jedes der benannten Unternehmen hat sich zudem zu verpflichten, für den Zuschlagsfall dem Bewerber/Bieter die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Angebot ist außerdem für jedes Mitglied das Formblatt **„2.1_Eigenerklärung Eignung“** einzureichen. Im Fall einer Eignungsleihe müssen alle Angaben unter Punkt 1 und 4 der Anlage **„2.1_Eigenerklärung Eignung.docx“** ausgefüllt werden, zudem müssen noch alle weiteren Teile der Eigenerklärung ausgefüllt werden für welche die Eignungsleihe in Anspruch genommen wird.

Der Austausch oder die Änderung eines oder mehrerer benannter anderer Unternehmen ist nach Ablauf der Angebotsfrist bis zur Zuschlagserteilung unzulässig und führt zum Ausschluss des Angebotes.

Bei Inanspruchnahme der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit haften der Bewerber/Bieter und das andere/die anderen Unternehmen entsprechend dem Umfang der jeweiligen Eignungsleihe gemeinsam für die Auftragsausführung. Eine dementsprechende Haftungserklärung ist der Vergabestelle nach gesonderter Aufforderung, innerhalb von fünf Werktagen, vorzulegen. Als Haftungserklärungen kommen je nach Einzelfall eine sogenannte harte Patronatserklärung, Garantie, selbstschuldnerische Bürgschaft oder ein Schuldbeitritt in Betracht.

Wenn der Bieter beabsichtigt, einen Teil des Auftrags an einen Dritten im Wege der Unterauftragsvergabe zu vergeben und sich zugleich im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens bedient, gelten ebenfalls die vorgenannten Regelungen.

10.8 Elektronische Übersendung von Angeboten

Auch wenn die Registrierung auf der e-Vergabe-Plattform nicht mehr erforderlich ist, um Teilnahme- oder Vergabeunterlagen anfordern zu können, raten wir allen Interessenten zu der Registrierung. Denn nur registrierte Nutzer werden aktiv über Veränderungen im Verfahren informiert, halten sich dadurch auf dem Laufenden und vermeiden vergebliche Aufwendungen oder sogar im schlimmsten Fall den Ausschluss vom Vergabeverfahren.

Ihr Angebot ist elektronisch über die e-Vergabe-Plattform zu übermitteln. Die Vergabeplattform verschlüsselt Ihre Dokumente und ermöglicht Ihnen die elektronische Übersendung. Nach dem Eingang Ihres Angebotes wird dieses mit einem elektronischen Zeitstempel versehen und bis zum Ende der Angebotsfrist verschlüsselt gehalten. Bei technischen Störungen kontaktieren Sie bitte umgehend die Hotline der Vergabeplattform.

Der Interessent muss einen technischen Fehler, der nicht in seinem Verantwortungsbereich liegt, beweisen. Vorgegebene Fristen ändern sich in diesem Fall nicht.

10.9 Berichtigungen/Änderungen oder Rücknahme des Angebots

Berichtigungen und Änderungen des Angebots sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig und unterliegen denselben Formerfordernissen wie das Angebot selbst. Bei Abgabe eines überarbeiteten Angebotes ist klarzustellen, in welchem Umfang das vorherige Angebot gültig bleibt. Aus der Klarstellung sollte eindeutig hervorgehen, dass es sich weder um ein weiteres Haupt- noch um ein Nebenangebot handelt.

Die Rücknahme eines Angebotes ist bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Sie hat in der gleichen Form wie die Angebotsabgabe zu erfolgen.

10.10 Bewerber- und Bieterfragen

Soweit Sie im Rahmen der Angebotserstellung Fragen zu den Unterlagen haben, informieren Sie bitte unverzüglich die Vergabestelle bzw. die Auftraggeberin über die e-Vergabe-Plattform. Fragen sind ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen, jedoch spätestens bis zum

13.11.2026, 10:00 Uhr

um eine sachgerechte Bearbeitung zu ermöglichen. Rechtzeitig eingehende Fragen werden gesammelt und zeitnah in Form eines Fragen- und Antwortkataloges beantwortet. Die Bieterfragen und die entsprechenden Antworten werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Die Antworten werden an alle Verfahrensteilnehmer über die e-Vergabe-Plattform versandt. Bitte beachten Sie, dass zur Verständlichkeit der Antworten die zugrundeliegenden Fragestellungen in anonymisierter Form in der Regel ebenfalls an alle Verfahrensteilnehmer versandt werden.

Die Fragen sollten daher so formuliert sein, dass ein Versand an die anderen Teilnehmer ohne vorherige Überarbeitung möglich ist. Mit der Übersendung einer Frage genehmigen Sie eine entsprechende Bekanntgabe.

Sofern Gründe gegen eine Veröffentlichung bestimmter Daten / Informationen bestehen, teilen Sie diese bitte in der Frage ausdrücklich mit. Die Antworten werden Bestandteil der Vergabeunterlage und sind somit verbindlich für die Erstellung des Angebotes, sowie die Prüfung und Wertung der eingegangenen Angebote. Antworten, die sich auf Vertragsbedingungen oder auf die Leistungsbeschreibung beziehen, werden zudem verbindlicher Vertragsbestandteil.

10.11 Angebotsfrist

Das Angebot muss vor dem Ablauf der Angebotsfrist vollständig eingegangen sein. Diese Frist gilt auch für nachträgliche Berichtigungen und Änderungen des Angebotes.

Das Angebot ist

bis zum 24.11.2026, 10:00 Uhr

- **elektronisch in Textform**



- | | |
|---|-------------------------------------|
| - elektronisch mit fortgeschrittener Signatur | ☒ |
| - elektronisch mit qualifizierter Signatur | ☒ |

über die benutzte Vergabeplattform entsprechend den Vorgaben abzugeben.

10.12 Hinweis auf vergaberechtliche Vorschriften

1. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), geändert durch das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts vom 17.2.2016, BGBl. I Nr. 8, S. 203, vom 23.2.2016
2. Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV 2016)
3. Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit (VSVgV)
4. Verordnung über Preise, VOPR 30/53
5. Die Vergabeordnung für Leistungen bzw. die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) bei nationalen Vergabeverfahren

Die aktuelle Fassung der jeweiligen Vorschriften finden Sie auch unter:

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/vergabe-uebersicht-und-rechtsgrundlagen.html>

11. Bestandteile der Vergabeunterlagen

11.1 Bestandteile der Vergabeunterlagen, die Vertragsbestandteil werden, und ausgefüllt und unterschrieben mit dem Angebot abzugeben sind:

1. Angebotsschreiben
2. Eigenerklärung Eignung
3. Schutzerklärung Scientology
4. Eigenerklärung Russlandsanktionen
5. Bietergemeinschaft (falls einschlägig)
6. Verzeichnis der Leistung anderer Unternehmen (falls einschlägig)
7. Referenzvordruck
8. Anlage 3 - Preisblatt.xlsx
9. Vertrag

11.2 Bestandteile der Vergabeunterlagen, die Vertragsbestandteil werden und die beim Bieter verbleiben:

1. Leistungsbeschreibung
2. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots (dieses Dokument)
3. Datenschutzhinweise
4. Vertraulichkeitsvereinbarung (im Auftragsfall zu unterschreiben)
5. Zusätzliche Vertragsbedingungen MÜK
6. VOL-B
7. EVB-IT Überlassungsvertrag Typ B_AGBs

11.3 Weitere Unterlagen, die vom Bieter mit Abgabe des Angebots einzureichen sind:

1. Nachweis Berufs- /Handelsregistereintragung
2. Nachweis Haftpflichtversicherung
3. Nachweis autorisierter Broadcom-/VMware-Partner
4. Zertifikat DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig

12. Nachprüfungsstelle

Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Maximilianstraße 39

80538 München